

WORKSHOP

#3

## RESSOURCENSTEUERFINANZIERTER ÖKOBONUS ALS ZENTRALES REFORMKONZEPT FÜR EINE SOLIDARI- SCHE MODERNE

*Damian Ludewig*

### **Zur Motivation**

Die Frage der Ökologie ist gleichzeitig eine der größten, wenn nicht die größte soziale Frage. Getreu dem Leitsatz „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“ gilt auch: Nur Reiche können sich den ökologischen Kollaps leisten. Denn: Von ökologischen Katastrophen werden vor allem die Armen und Schwachen getroffen. Platt gesagt: Reiche Industrienationen bauen sich höhere Dämme – arme Staaten saufen ab.

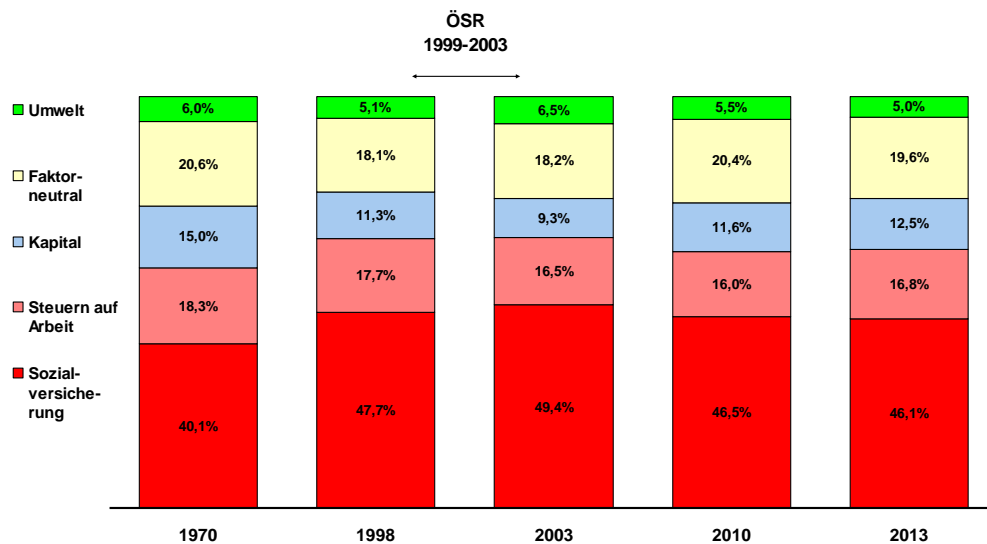
Das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) ist als internationale Forschergruppe der Vereinten Nationen (UN) zu der Einschätzung gelangt, dass sich die globale Durchschnittstemperatur in den nächsten 100 Jahre um bis zu 6°C erhöhen wird. Diese Auffassung wird von fast allen Forschern weltweit geteilt (sofern sie nicht gerade ein Gutachten im Auftrag der Öl- oder Kohleindustrie verfassen). Nun mag manch einer denken: sechs Grad wärmer wäre doch ganz angenehm, schließlich sind die deutschen Winter lang und kalt genug. Um die Ausmaße dieser Temperaturveränderungen zu verdeutlichen, sei hier nur ein Hinweis gegeben: Die globale Durchschnittstemperatur während der letzten großen Eiszeit lag um 2-8°C niedriger als unsere heutige. Nun mag sich jeder die gravierenden Unterschiede vor Augen führen, die diese geringe Veränderung zur Folge hatte.

Es besteht daher Einigkeit innerhalb des Großteils der Wissenschaft, in Deutschland beispielsweise aber auch über die Parteigrenzen hinweg, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß radikal gesenkt werden muss. Dazu sind sowohl ordnungsrechtliche Maßnahmen notwendig (auch und gerade in Bezug auf Produkt-, bzw. Verbrauchskennzeichnung), aber auch tief greifende Umstrukturierungen im Bereich der Steuern und Abgaben. Denn: Steuern heißen Steuern, weil sie steuern.

Wir haben heute bereits zahlreiche Steuern und - ob wir wollen oder nicht - sie steuern das Handeln der Wirtschaftssubjekte durch eine Veränderung der Preisstruktur – nur bisher in die falsche Richtung! JedeR weiß aus eigener Erfahrung, dass Preise einen gewissen (wenn auch nicht den einzigen) Einfluss auf Kaufentscheidungen haben. Es ist ja gerade das Hauptargument, warum sich Menschen nicht ökologisch verhalten, dass sie sich dieses nicht leisten könnten: man würde Auto fahren, weil das billiger sei, als mit der Bahn zu reisen, Ökolebensmittel könne man sich nicht leisten und müsse deshalb im Supermarkt einkaufen und defekte Produkte reparieren zu lassen sei sicherlich ökologisch sinnvoller, aber das koste mehr als neue zu kaufen etc. Genau hier müssen wir ansetzen: Der ständige moralische Konflikt zwischen ökonomischem und ökologischem Verhalten muss beseitigt werden.

Was gesamtgesellschaftlich sinnvoll ist, muss auch individuell die günstigste Variante werden. Dem steht unser derzeitiges Steuer- und Finanzsystem entgegen:

Heute gehen über 60% des Steuer- und Abgabenaufkommens zu Lasten des Faktors Arbeit, nur 9% wird durch die Belastung des Faktors Natur gewonnen – und hierbei sind neben der Mineralöl- und Kfz-Steuer bereits die Tabak-, Schaumwein- und Biersteuer eingerechnet, also alles, was man im weitesten Sinne mit dem Faktor Natur in Verbindung bringen kann.



Quelle: Eigene Grafik nach FÖS-Steuerstrukturpapier 2011

So motiviert unser heutiges Steuer- und Abgabensystem Unternehmen immer mehr Arbeit wegzu"rationalisieren", statt Anreize zu bieten, natürliche Ressourcen zu schonen und damit auch das Klima zu schützen und die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen zu erhalten. Dieses betriebswirtschaftlich rationale Verhalten ist aber volkswirtschaftlich genau kontraproduktiv.

### **Zur Idee**

Der hier vorgeschlagene Ansatz ist, die Belastungen der einzelnen Produktionsfaktoren umzuschichten. Naturverbrauch muss stärker, Arbeit weniger belastet werden. Dies soll keineswegs andere Ansätze für mehr Beschäftigung und eine gerechtere Besteuerung mindern, sondern diese vielmehr sinnvoll ergänzen – wie wird noch im Einzelnen gezeigt.

Wird nun der Faktor Arbeit verbilligt und dafür der Faktor Naturverbrauch verteuert, werden sich entsprechend die Preise ändern: Bahnfahren wird im Vergleich zum Autofahren billiger, da Bahnfahren im Vergleich zum Autofahren energieeffizienter ist, aber durch die Bahnangebot arbeitsintensiver. Durch die preisliche Besserstellung des Bahnverkehrs wird nun die Nachfrage steigen. Für die Bahn rechnet es sich dann, das Angebot an Verbindungen auszubauen. Eine Umschichtung der Faktorbelastung hätte aber nicht nur substituierende Wirkungen zwischen den Alternativen Auto und Bahn: Höhere Preise müssen nicht höhere Kosten bedeuten, wenn entsprechend an der Menge gespart wird.

Autofahrer haben nun den Anreiz, beim nächsten Autokauf (sei es von Neu- oder Gebrauchtwagen) stärker auf den Spritverbrauch zu achten. Etwas höhere Investitionskosten in spritsparende Autos rechnen sich, weil man durch gestiegenen Spritpreise später mehr Geld einspart. Ein heute in Deutschland zugelassener Neuwagen verbraucht durchschnittlich ca. 7 Liter auf 100 Kilometer. Bei einem Spritpreis von gut 1,50 Euro macht dies ( $7 \cdot 1,50$ ) mehr als 10 Euro Spritkosten auf 100 km. Schafften sich Deutsche im Durchschnitt alle 10 Jahre ein neues Auto an würden, wenn man die Spritpreise innerhalb von 10 Jahren verdoppelt und die Menschen sich nun ein Drei-Liter-Auto kaufen, ihre Spritkosten auf  $3 \cdot 3 = 9$  Euro sinken! Durch technischen Fortschritt wäre also sowohl die Umwelt, als auch der Geldbeutel entlastet! Dieser technische Fortschritt kommt aber nur zu Stande, wenn es eine entsprechende Nachfrage nach spritsparenden Autos gibt, und die gibt es erst, wenn die Spritpreise entsprechend steigen. Bei den bisherigen Anreizen konzentriert sich der technische Fortschritt darauf, Menschen überflüssig zu machen, statt Ressourceneinsatz.

Auch die Anreize für die Bahn ändern sich: statt weiter Personal abzubauen und somit am Service zu sparen, hätte die Bahn verstärkte Anreize, auf energiesparende Züge zu achten. Entsprechende Wirkungen gibt es auch bei den anderen genannten Beispielen: Der Ökolandbau ist arbeitsintensiver und dafür weniger energieintensiv (durch verminderten Einsatz von in der Produktion sehr energieintensiven Pestiziden und Düngemitteln) als die konventionelle Landwirtschaft. Ökolebensmittel werden somit im Vergleich zu konventionell angebauten Lebensmitteln billiger. Verbilligt sich die Arbeit, lohnt es sich auch wieder, Geräte reparieren

zu lassen. Somit weist die öko-soziale Ressourcenbesteuerung auch einen Ausweg aus der Wegwerfgesellschaft. Etwaige Nachteile für einzelne Personengruppen sind zu minimieren, jedoch müssen diesen auch die enormen Vorteile für den Rest gegenübergestellt werden!

Eine Frage der Gerechtigkeit... Eine ökologisch-soziale Umstrukturierung macht nicht nur in Bezug auf Arbeitsplätze und Umweltschutz Sinn, sie ist auch eine Frage der Gerechtigkeit: Allein der Autoverkehr verursacht in Deutschland im Jahr je nach Studie zwischen 30 und 100 Milliarden Euro externer Kosten. Externe Kosten sind solche, die nicht vom Verursacher selbst gezahlt werden, sondern von anderen getragen werden müssen, z.B. in Form von erhöhten Ausgaben für Medikamente aufgrund von umweltbedingten Atemwegserkrankungen. Wenn man aber den Schaden, den man verursacht, nicht selbst bezahlen muss, dann hat man zumindest finanziell auch keinen Anreiz, diesen Schaden zu vermeiden. Theoretisch ist dies längst als eine Form von Marktversagen erkannt worden, praktisch hat sich daran noch wenig geändert. Der Verbrauch von Ressourcen verursacht zahlreiche externe Kosten. Daher ist eine entsprechende Besteuerung von Ressourcen nur gerecht.

Noch eine Überlegung führt uns zu der Notwendigkeit einer Ressourcenbesteuerung: Natürlich Ressourcen sind grundsätzlich das Erbe der gesamten Menschheit. Jeder Mensch hat damit prinzipiell das gleiche Recht, sie zu nutzen. Wo möglich, sind heute die Rechte an der Nutzung natürlicher Ressourcen allerdings bereits verteilt. Wer neu auf die Welt kommt, bekommt nicht automatisch ein Sechsmilliardstel an den weltweiten Ressourcen zugeteilt. Daher müssen Ressourcen besteuert werden, um diejenigen, die auf die Nutzung der Ressourcen verzichten müssen, bzw. dafür bezahlen müssen, finanziell zu entschädigen.

### ***Zum Konzept***

Nicht regenerative natürliche Ressourcen sollen mit langsam ansteigenden Sätzen besteuert werden, so dass sich Wirtschaft und Verbrauchern auf die Umstrukturierung einstellen können.

Das durch die Besteuerung der natürlichen Ressourcen erzielte Aufkommen wird durch die Anzahl der Einwohner in Deutschland plus die Anzahl der Beschäftigten geteilt. Den resultierenden Betrag (genannt: der „Ökobonus“, oder auch „Ressourcendividende“) bekommt jeder Bürger und jedes Unternehmen pro im Unternehmen Beschäftigten ausgezahlt.

$$\text{Ökobonus} = \frac{\text{Ressourcenverbrauch} * \text{Steuersatz}}{\text{Einwohnerzahl} + \text{Zahl der Beschäftigten}}$$

Dadurch wird zunächst deutlich gemacht, dass es bei der öko-sozialen Ressourcenbesteuerung nicht um die Erzielung zusätzlichen Steueraufkommens oder gar um „Abzocke“ geht. Es liegt im Entscheidungsspielraum jedes Einzelnen, ob er Ressourcen spart und somit einen höheren Ökobonus bekommt als er an Ressourcensteuern zahlt, also unterm Strich mehr Geld in der Tasche hat oder weniger. Wer sich ökologisch verhält, wird finanziell belohnt, ein Umweltsünder zahlt drauf. Ziel ist es, Anreize zu schaffen, Ressourcen für kommende Generationen zu schonen und Umweltbelastungen zu vermindern. Im Gegenzug können die Kosten für die Schaffung von Arbeitsplätzen gesenkt werden.

Durch den Ökobonus knüpft das Konzept an zahlreiche andere Forderungen einer zukunftsweisenden Politik an:

- Die Entschädigung der Unternehmen bezogen auf den Arbeitsplatz gibt Anreize zu gerechterer Verteilung der Arbeit. Sie könnte eine Arbeitszeitreduzierung finanziell flankieren und ökonomisch attraktiv machen.
- Die Entschädigung der Bürger pro Person mit dem gleichen Betrag führt zu einer sozialen Umverteilung von oben nach unten: Wer generell wenig Geld hat, gibt auch wenig Geld für den Ressourcenverbrauch aus. Aber auch ein Hartz-Betroffener bekommt den gleichen Betrag rückerstattet wie ein Einkommensmillionär. Dies begünstigt insbesondere Familien mit vielen Kindern, Arbeitslose, Rentner und Studierende.
- Die Umverteilungswirkung von oben nach unten kann zu vermehrter Nachfrage und entsprechenden positiven Effekten auf das Wirtschaftswachstum führen. Dieses findet nun aber als ökologisch verträglicheres Wachstum statt, da die Anreize entsprechend gesetzt wurden. Nicht der Naturverbrauch, sondern die Beschäftigung steigt.
- Der Ökobonus kann als Einstieg in ein Grundeinkommen gesehen werden. Er ist bedingungslos, allerdings – erst recht in der Startphase - sicherlich alleine noch nicht Existenz- oder gar Teilhabe sichernd. Er kann aber um weitere Finanzierungs-

quellen wie höhere Erbschaftssteuern oder eine höhere Besteuerung von Spitzen-einkommen ergänzt werden. Ein so ergänzter Ökobonus wäre eine radikale, zukunftsweisende Alternative zu Hartz IV.

Die öko-soziale Ressourcenbesteuerung hat das Potential, zur Lösung zahlreicher ökologischer, wie auch sozialer und arbeitsmarktpolitischer Probleme beizutragen. Sie ließe sich daher wunderbar in ein Gesamtkonzept aus Ressourcenbesteuerung, mehr Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen integrieren, macht aber auch Sinn, ohne dass diese weitergehenden Politikentwürfe zu teilen.